

- g) sonstiger auf finanziellem Gebiet erteilter Auflagen und Verpflichtungen
- durch die zentralen und örtlichen staatlichen Organe, volkseigenen Betriebe, Organisationen und Genossenschaften auszuüben.
10. Die Arbeiten bei der Festsetzung und Entrichtung
- a) der Abgaben und Gewinnabführungen der volkseigenen Betriebe und staatlichen Institutionen,
 - b) der Republik- und örtlichen Steuern der Genossenschaften, der Betriebe der einfachen Warenproduzenten, der privatkapitalistischen Betriebe sowie der Bevölkerung,
 - c) der sonstigen Einnahmen des Staates
- zu leiten und zu organisieren.
11. Die Abteilungen Finanzen der örtlichen staatlichen Organe in Fragen der Finanzen und dabei insbesondere auf dem Gebiet der Staatseinnahmen, der Finanzierung, der Kreditgewährung, der Preisbildung und -prüfung anzuleiten und die Finanzkontrolle über die sonstige Tätigkeit der Finanzorgane auszuüben.
12. Die Tätigkeit
- a) der Deutschen Investitionsbank,
 - b) der Deutschen Bauembank,
 - c) der Deutschen Versicherungs-Anstalt,
 - d) der Sparkassen,
 - e) der Lotterien,
 - f) der Prüfungsverbände
- zu kontrollieren, anzuleiten und die Arbeit der genossenschaftlichen und privaten Kreditinstitute zu überwachen.
13. Die Kreditpläne, die Jahresbilanzen, die Höhe der Zinsen, Provisionen und Gebühren der dem Ministerium der Finanzen unterstellten Institutionen zu überprüfen und zur Bestätigung dem Ministerrat einzureichen.
14. Die Herstellung der Banknoten und Münzen sowie der Wertpapiere und Vordrucke zu kontrollieren.
15. Die Kontrolle über den Edelmetallfonds der Deutschen Demokratischen Republik durchzuführen, vorhandene Edelmetalle zu kontingentieren und die Kontrolle über die Verwendung, Erfassung, Aufbewahrung und Gewinnung zu organisieren.
16. Die Bestimmungen zur Aufstellung des Valutaplanes zu erlassen, den Entwurf des Planes der Valutaeinnahmen und -ausgaben zur Vorlage beim Ministerrat zu erarbeiten und die Durchführung, Kontrolle und Analyse dieses Planes zu organisieren.
17. Grundsätze für die Erfassung, Verwaltung und Bilanzierung des Volkseigentums sowie für die Behandlung der damit im Zusammenhang stehender Fragen der Forderungen und Verbindlichkeiten des Staatshaushalts zu entwickeln und die Einhaltung dieser Grundsätze zu kontrollieren.
18. Grundsätze für die Erfassung, Verwaltung und Bilanzierung des treuhänderisch verwalteten Eigentums zu entwickeln, die Verwalter dieses Eigentums anzuleiten und die Einhaltung dieser Grundsätze zu kontrollieren.

19. Den Arbeitsablauf und das Rechnungswesen in den Finanzorganen unter Anwendung fortschrittlicher Arbeitsmethoden, der Mechanisierung und Technisierung zu organisieren und die Finanzorgane dabei anzuleiten.
20. Die Beschwerden und Vorschläge der Bevölkerung, Betriebe und Organisationen entsprechend der Verordnung vom 6. Februar 1953 über die Prüfung von Vorschlägen und Beschwerden der Werktätigen (GBL S. 265) zu bearbeiten.
21. Die ihm durch gesetzliche Bestimmungen übertragenen Aufgaben durchzuführen und die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um zu gewährleisten, daß die Aufgaben des Finanzsystems erfüllt werden.

Rechte

§ 11

In Durchführung der gestellten Aufgaben hat das Ministerium der Finanzen folgende Rechte:

1. Von den zentralen staatlichen Organen, volkseigenen Betrieben und Organisationen die für die Aufstellung und Durchführung des Staatshaushalts- und Finanzplanes notwendigen Unterlagen, Berichte, Bilanzen und Angaben anzufordern sowie auf diesem Gebiet Maßnahmen zu treffen, die der Einheitlichkeit der Planung, Abrechnung und Berichterstattung dienen.
2. Den zentralen und örtlichen staatlichen Organen und Organisationen in Fragen des Staatshaushalts im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen Weisungen zu erteilen.
3. In Fragen des Kredits Weisungen zu erteilen, soweit nicht die Zuständigkeit der Deutschen Notenbank gegeben ist.
4. Anweisungen und Verfügungen an die Abteilungen Finanzen der örtlichen staatlichen Organe, an die Geld- und Kreditinstitute (mit Ausnahme der Deutschen Notenbank) und an die Deutsche Versicherungs-Anstalt zu geben.
5. Die Aufstellung und Durchführung der Finanzpläne der volkseigenen Wirtschaft zu kontrollieren und die Einleitung erforderlicher Maßnahmen zur Erfüllung dieser Pläne zu verlangen.
6. Systematische und dokumentarische Prüfungen über die finanzielle Tätigkeit in den zentralen und örtlichen staatlichen Organen, Geld- und Kreditinstituten, Betrieben und Organisationen durchzuführen und die Leiter der geprüften Stellen bindend zu verpflichten, die festgestellten Mängel zu beseitigen.
7. Die Finanzierung von Organisationen und volkseigenen Betrieben in Fällen der ungesetzlichen Verausgabung von Haushaltsmitteln, bei Verstößen gegen die Finanz- und Haushaltsdisziplin sowie bei Nichteinhaltung der Bestimmungen über das Berichtswesen in den ihm erforderlich erscheinenden Fällen von der Erfüllung erteilter Auflagen abhängig zu machen, einzuschränken oder einzustellen.
8. Abgaben, Gewinnabführungen, Steuern sowie sonstige Einnahmen des Staates entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen einzuziehen.